

MANFRED SPIEKER

Katholische Kirche und Deutsche Frage*

Nationalsozialistische Diktatur und Krieg, Vertreibung und Spaltung Deutschlands haben die deutschen Katholiken nicht weniger betroffen als die nichtkatholischen Bürger. Das Jahr 1945 war für sie wie für alle Deutschen zunächst einmal eine menschliche Katastrophe und noch nicht der Nullpunkt, der in einen politischen Neubeginn führte. Es war, um den Titel eines amerikanischen Filmes abzuwandeln, zumindest vom 8. Mai an, »The year after«, eine Zeit, die geprägt war durch den Verlust von Angehörigen, von Eigentum und Ansehen und für viele auch von Heimat und Selbstvertrauen, durch die Gefangennahme von rund elf Millionen Soldaten, durch die Zerstörung von Wohnraum, Ernährungs- und Produktionsgrundlagen, von Energie- und Verkehrssystemen. Es war eine Zeit physischer und seelischer Not. Der Neuaufbau des Gemeinwesens, die Ankurbelung der Wirtschaft, die Ausarbeitung einer Verfassung und die Herstellung neuer Bündnisse lagen noch in dunkler Ferne. Wie desolat die Lage der Nation war, das wurde zwar überall empfunden und täglich erfahren, aber nur von wenigen politisch reflektiert. Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 übernahmen die alliierten Siegermächte die politische Gewalt. Sie teilten Deutschland und seine Hauptstadt Berlin in vier Besatzungszonen. *Stalin* setzte auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam durch, daß die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie von Deutschland abgetrennt und unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellt wurden. Er erzwang auch die Zustimmung der westlichen Alliierten zu der bereits mit *Hitler* 1939 vereinbarten Annexion der polnischen Ostgebiete und zur Vertreibung von rund zwölf Millionen Deutschen.

Die Lage der Nation war desolat nicht nur wegen der verheerenden Folgen des Krieges, sondern auch wegen des sich bereits bei Kriegsende abzeichnenden und am ehesten vom britischen Premier *Churchill* erkann-

* Vortrag auf dem Symposium der Korean Catholic Academy of Social Sciences »Katholische Kirche, Gerechtigkeit und Wiedervereinigung geteilter Nationen« in Seoul vom 31. 3. – 1. 4. 1984.

ten Gegensatzes zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion. Nicht nur die Nation, sondern die Welt wurde gespalten. Die Deutsche Frage war keine Frage der Deutschen, sondern eine Frage der Alliierten. Sie war und ist ein Teil des West-Ost-Konflikts.

I. DIE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN FRAGE 1945–1984

Von Anfang an sind in der Deutschen Frage zwei Probleme zu unterscheiden: das Problem der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, aus denen sich schließlich zwei deutsche Staaten entwickelten, und das Problem der Abtrennung der Territorien östlich der Oder-Neiße-Linie.

Welche Folgen die Grenzziehung zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den westlichen Zonen haben würde, war 1945 weder von den Siegermächten noch von den Deutschen vorauszusehen. Die während des Krieges bei verschiedenen Alliierten ventilierten Pläne einer Zerstückelung Deutschlands waren auf der Konferenz in Potsdam nicht mehr aktuell. Sowohl die Amerikaner und die Briten als auch die Sowjets waren an einer Behandlung Deutschlands als einer Einheit interessiert. Dieses Interesse entsprang freilich nicht einer besonderen Rücksichtnahme auf das deutsche Volk, seine geographische Einheit und seine nationale Tradition, sondern seitens der Amerikaner und Briten dem Ziel, nicht nur die Entwicklung der eigenen Zonen zu bestimmen, sondern auch die der sowjetischen Zone zu beeinflussen. Das Interesse der Amerikaner und Briten entsprach einer Politik des »roll back«. Dem entsprach seitens der Sowjets das Ziel, auch auf die westlichen Zonen Einflußmöglichkeiten zu behalten. Nur die Franzosen wollten im ersten Jahr der Besatzung nichts von der Behandlung Deutschlands als einer Einheit wissen. Sie legten Wert auf die Teilung und Schwächung ihres östlichen Nachbarn.

Erst im Sommer 1946, als Frankreich nach langem Drängen der Amerikaner bereit war, sich an einer gemeinsamen Deutschlandpolitik zu beteiligen und die Sowjetunion nicht länger Gelegenheit hatte, sich hinter Frankreich zu verstecken, wurde deutlich, daß die Beschlüsse von Potsdam eine Spaltung von vermutlich längerer Dauer zur Folge haben würden. Bei der Außenministerkonferenz im Juli 1946 in Paris proklamierte *Molotow* unverhohlen die eigenständige Existenz der sowjetischen Besatzungszone. Er unterschied erstmals zwischen alliierten und sowjetischen Streitkräften in Deutschland.

Die Konferenz dokumentierte das Scheitern der Bemühungen um eine gemeinsame Deutschlandpolitik. Ihr folgte der Umschwung der amerika-

nischen Deutschlandpolitik, der von Außenminister *Byrnes* am 6. 9. 1946 in seiner berühmten Stuttgarter Rede verkündet wurde. Die amerikanische und die britische Zone wurden zur Bizone vereinigt. Die Amerikaner begannen nach einer erneuten erfolglosen Außenministerkonferenz im März 1947 in Moskau unter Außenminister *Marshall* im Juli 1947 mit der finanziellen Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Zur gleichen Zeit schritt die Ausbeutung und Sowjetisierung der sowjetischen Besatzungszone ungebremst fort.

Die Politik des »roll back«, die versuchte, alle bis zum Sommer 1945 von der Roten Armee erreichten Territorien und Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas aus einem stalinistischen Imperium herauszuhalten oder wieder herauszulösen, wurde so Ende 1946/Anfang 1947 durch die von *George F. Kennan* schon länger für notwendig gehaltene und von *Truman* am 11. 3. 1947 im Amerikanischen Kongreß verkündete Containment-Politik abgelöst, die versuchte, das stalinistische Imperium einzugrenzen und seine weitere Expansion nach Westen zu verhindern¹. Diese Politik führte schließlich im April 1949, beschleunigt durch die sowjetische Blockade Berlins 1948/49, zum Zusammenschluß der westeuropäischen und der nordamerikanischen Demokratien in der Nordatlantischen Verteidigungsallianz.

Die sowjetische Entschlossenheit, von dem eroberten Gebiet nicht nur keinen Quadratmeter preiszugeben, sondern ihm auch das eigene gesellschaftliche System aufzuzwingen, ja, es weiter auszudehnen, ließ keinen Weg erkennen, die Spaltung Deutschlands auf friedlichem Weg zu überwinden. Die Gründung zweier deutscher Teilstaaten 1949 dokumentierte somit nicht den Anfang, sondern das Ende des mit Jalta und Potsdam beginnenden Spaltungsprozesses.

Vom Augenblick der Gründung der Bundesrepublik Deutschland an blieb die Wiedervereinigung ein Ziel der westdeutschen Politik. Auch die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der DDR war anfänglich noch stark an einer Wiedervereinigung unter kommunistischen Bedingungen interessiert. Für die politische Führung wie für die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik aber war die Wiedervereinigung nur in Freiheit denkbar. Das in freien Wahlen ausgeübte Selbstbestimmungsrecht eines Volkes war für beide die Legitimitätsbedingung staatlicher Gewalt. Da der politischen Gewalt der DDR diese Legitimi-

¹ Vgl. *Hans Graml*, Die Deutsche Frage, in: Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945–1949, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von *Karl Dietrich Bracher* u. a., Bd. 1, Stuttgart 1983, 365.

tätsbedingung fehlte, wurde sie abgelehnt – nicht nur von der Regierung und der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, sondern bis in die 60er Jahre hinein auch von den meisten Bürgern der DDR. Die Regierung der Bundesrepublik erhob den Anspruch, alleinige legitime Vertreterin des deutschen Volkes zu sein. Die *Hallstein-Doktrin* war Ausdruck dieses Anspruchs.

Die Sicherung der eigenen Freiheit, der wirtschaftlichen Entfaltung, aber auch der alliierten Unterstützung für eine Wiedervereinigung Deutschlands führten mit logischer Konsequenz zur Integration der Bundesrepublik in den freien Westen. Diese Integration war vor allem für *Adenauer* die *conditio sine qua non* jeder Wiedervereinigungspolitik, die *conditio sine qua non* aber auch für die Wiedererlangung der Souveränität.

In diesen Bemühungen kommt dem Koreakrieg (1950–1953) eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Mit ihm waren für die Bundesrepublik Deutschland die Tage der Besatzungszeit gezählt. Er beschleunigte und festigte die Entwicklung der Bundesrepublik von einem Besiegten zu einem Verbündeten der westlichen Alliierten. Auch für die Perzeption der deutschen Spaltung in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik war er von zentraler Bedeutung. Waren die Westdeutschen bis zu seinem Beginn geneigt, die sowjetische Besatzungszone als abgetrennten Teil Deutschlands zu sehen, so begriffen sie sie fortan als eine Sowjetrepublik auf deutschem Boden und als eine Gefährdung der eigenen Sicherheit und Freiheit. Die Programmparole der CDU »Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit« wurde in jener Zeit abgelöst durch die Parole »Freiheit, Frieden, Einheit«. *Hans-Peter Schwarz* nennt den Koreakrieg gar den »Vater aller Dinge« in jenen Jahren, den Vater nicht nur der Souveränität, sondern auch der Wiederbewaffnung und des Wirtschaftswunders².

In den Bemühungen um die Integration der Bundesrepublik Deutschland in den freien Westen fand die Politik *Adenauers* bei den deutschen Katholiken eine vorbehaltlose Unterstützung. Nicht daß sie an der Wiedervereinigung kein Interesse gehabt hätten, aber die Sicherung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit galt ihnen als die vorrangige Aufgabe. Die nationale Einheit war zwar ebenfalls ein wichtiges Ziel *Adenauer*-scher Politik, dem mehr als nur deklamatorische Bedeutung zukam, aber sie war nicht das erste Ziel. Von einer Wiedervereinigungspolitik um den Preis der Westintegration oder eines deutschen Sonderweges zwischen

² *Hans-Peter Schwarz*, *Die Ära Adenauer 1949–1957. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2, Stuttgart 1981, 105.

Ost und West hielten *Adenauer* und die deutschen Katholiken nichts³. Deshalb wurde auch in der Ablehnung der *Stalinschen* Gesprächs- und Friedensvertragsangebote vom 10. März 1952 kurz vor der Unterzeichnung der Westverträge nie eine verpaßte Gelegenheit für die Wiedervereinigung, sondern ein Störmanöver für die Westintegration gesehen.

Mit den Pariser Verträgen vom Oktober 1954 und der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO im Mai 1955 war die Integration der Bundesrepublik in den Westen abgeschlossen. Daß ein Verzicht auf die Verträge Deutschland der Wiedervereinigung nähergebracht hätte, hielten im Februar 1955 nur 16% der deutschen Bevölkerung für wahrscheinlich, 22% dagegen für unwahrscheinlich und 27% für ganz unmöglich⁴. Stimmen, die vor der Europapolitik des Bundeskanzlers warnten und die Unterzeichnung der Pariser Verträge ablehnten, weil sie eine endgültige Spaltung Deutschlands zur Folge hätten, blieben zunächst ohne Resonanz⁵. Allerdings zeigt sich im September 1956 einige Unsicherheit in der öffentlichen Meinung. Auf die Frage »Wenn wir aus der NATO austreten und auf ein Militärbündnis mit dem Westen verzichten: würden die Russen dann einer Wiedervereinigung zustimmen?« antworteten 34% mit »wahrscheinlich zustimmen«, 31% mit »wahrscheinlich nicht zustimmen« und 35% mit »weiß nicht«⁶.

Die »Politik der Stärke«, die auf die inneren Probleme der Sowjetunion und auf ihre Machtkonkurrenz mit China setzte und von der Hoffnung ausging, ein starker und einiger Westen könne die sowjetische Regierung bewegen, den Lebensstandard ihrer Bevölkerung zu heben statt aufzurüsten, diese Politik, mit der *Adenauer* und der größte Teil der deutschen Katholiken in der ersten Hälfte der 50er Jahre die Wiedervereinigung zu erreichen hofften, gelangte nach 1955 bald an ihre Grenzen. Stand am Anfang der Periode zwischen 1955 und 1958 noch die Annahme, daß die

³ Vgl. *Klaus Gotto*, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: *Klaus Gotto* u. a., Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945–1963, München 1975, 156 ff.

⁴ Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, hrsg. von *Elisabeth Noelle* und *Erich Peter Neumann*, Allensbach 1956, 319. Allerdings erklärten 31% der Befragten, keine Antwort zu wissen.

⁵ Vgl. die Diskussionsbeiträge von *Klara Faßbinder* im Staatspolitischen Arbeitskreis auf dem Fuldaer Katholikentag 1954, »Ihr sollt mir Zeugen sein«. 76. Deutscher Katholikentag 1954 in Fulda, hrsg. vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Paderborn 1954, 290 ff. Zu den protestantischen Stimmen von *Helmut Gollwitzer*, *Martin Niemöller* und *Gustav Heinemann* vgl. *Hans-Peter Schwarz*, Die Ära Adenauer 1949–1957, a. a. O., 260.

⁶ Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, hrsg. von *Elisabeth Noelle* und *Erich Peter Neumann*, Allensbach 1957, 324.

Lösung der Deutschen Frage nur als Wiederherstellung eines einheitlichen Staates, wenn auch innerhalb einer europäischen Föderation, eben als Wiedervereinigung, zu begreifen sei, so steht am Ende die Erkenntnis, daß es auf dem langen Weg zur Wiedervereinigung unvermeidbar sein würde, vertraglich abgesicherte Zwischenlösungen zu akzeptieren⁷. Sogar die Möglichkeit einer österreichischen Lösung der Deutschen Frage, also die Gewährung freier Wahlen und freiheitlicher Verhältnisse für die Bewohner der DDR gegen die Zusicherung ihrer Bündnisunabhängigkeit und Neutralität, hat *Adenauer*, wie erst durch den dritten Band seiner Erinnerungen 1967 bekannt wurde, Anfang 1958 in Gesprächen mit dem sowjetischen Botschafter *Smirnow* und Außenminister *Mikojan* sondiert. Auf einhellige Ablehnung bei allen Parteien stieß in jener Zeit noch *Karl Jaspers*, der 1960 die Anerkennung des Status quo um den Preis von mehr Freiheit forderte⁸.

Adenauers Wiedervereinigungspolitik ging, wie die Sondierungen mit *Smirnow* und *Mikojan* zeigten, nicht von konstanten Wiedervereinigungsmodellen aus. Er hielt zwar immer am Ziel der Wiedervereinigung fest, versuchte aber, die Wege offen zu halten und pragmatisch auszuloten. Seine Wiedervereinigungspolitik war »postnationalstaatlich«, weniger positiv als negativ ausgerichtet, d. h. sich jeder Wiedervereinigung unter kommunistischen Bedingungen verschließend, aber nicht in konkreten Plänen faßbar⁹. Sie hat ihre Ziele nicht erreicht.

Mit dem Bau der Mauer in Berlin am 13. 8. 1961, mit dem der unaufhörliche Strom der Flüchtlinge aus der DDR in den Westen – bis dahin rund 2,7 Millionen – gestoppt wurde, begann paradoxerweise die Phase der inneren Stabilisierung der DDR.

Der Wandel nicht nur der Deutschlandpolitik, sondern der Politik allgemein und sogar der politischen Kultur in den 60er Jahren, die zunächst unter Außenminister *Schröder* verstärkte und vertraglich geregelte Handelsbeziehungen mit den Staaten des Ostblocks brachten, endete schließlich mit der sozial-liberalen Regierung *Brandt/Scheel*, deren neue, höchst umstrittene Ostpolitik von der Prämisse ausging, daß die deutsche Nation in zwei Staaten gegliedert sei, die 25 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches »keine Provisorien

⁷ Vgl. zu dieser Periode *Hans-Peter Schwarz*, Die deutschlandpolitischen Vorstellungen Konrad Adenauers 1955–1958, in: *Entspannung und Wiedervereinigung. Rhöndorfer Gespräche*, Bd. 2, Stuttgart, Zürich 1979, 77 ff.; *Klaus Gotto*, *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik*, a. a. O., 279.

⁸ Vgl. *Karl Jaspers*, *Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik*, München 1960, 33 ff., 110 ff.

⁹ *Klaus Gotto*, *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik*, a. a. O., 280 f.

mehr« seien¹⁰. Sie entschloß sich, die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches zu betrachten und in ihren Verträgen mit der Sowjetunion, mit Polen und im Grundvertrag mit der DDR 1970–1972 die Grenzen aller Staaten in Europa, einschließlich der Oder-Neiße-Linie und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, als »unverletzlich« zu betrachten. Zwar hielt die Koalition aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten am Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung fest, wie der anlässlich der Vertragsunterzeichnung in Moskau im sowjetischen Außenministerium übergebene »Brief zur deutschen Einheit«, die »Gemeinsame Entschließung von Bundestag und Bundesrat vom 17. Mai 1972« und auch der Brief der Bundesregierung an die Regierung der DDR zur deutschen Einheit anlässlich der Unterzeichnung des Grundvertrages vom 21. 12. 1972 zeigen. Zwar wollte sie mit den Ostverträgen eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Grenzen nicht vorwegnehmen und die Geltung des Deutschlandvertrages von 1954 und der alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten für ganz Deutschland nicht in Zweifel ziehen. Zwar schuf sie mit großem juristischen Raffinement eine komplizierte Gemengelage von Verträgen, Zusatzprotokollen, Briefen und Entschließungen, die ein nahezu undurchdringliches Geflecht von Einigung, verstecktem Dissens und widersprüchlichen Erklärungen zur Folge hatten¹¹. Aber das Fazit ihrer Ostpolitik war doch die Anerkennung des territorialen Status quo.

Auch in der öffentlichen Meinung spiegelte sich dieser Wandel. Beantworteten im Mai 1969 noch 28% die Frage, ob die Bundesrepublik die DDR als Staat anerkennen soll, positiv und 52% negativ, so sprachen sich im März 1970 47% für und 39% gegen die Anerkennung aus. Zwar blieb der Wunsch nach Wiedervereinigung sehr stark, auch die in der Präambel des Grundgesetzes formulierte Aufforderung an das gesamte deutsche Volk, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«, wollten 1973 73% beibehalten und nur 10% streichen¹², aber die Wiedervereinigung wurde nicht nur zunehmend für utopisch

¹⁰ Vgl. die Regierungserklärung *Willy Brandts* vom 28. 10. 1969 und seine Bundestagsrede zur Lage der Nation vom 14. 1. 1970. Zu den Einwänden der damaligen Opposition vgl. *Heinrich Windelen*, *SOS für Europa*, Stuttgart 1972, 89ff.

¹¹ Vgl. *Dieter Blumenwitz*, *Die Ostverträge im Licht des internationalen Vertragsrechts*, Bonn 1982, 44.

¹² *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973*, hrsg. von *Elisabeth Noelle* und *Erich Peter Neumann*, Allensbach 1974, 510ff. Vgl. auch *Elisabeth Noelle-Neumann*, *Im Wartesaal der Geschichte. Bleibt das Bewußtsein der deutschen Geschichte lebendig?* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 63 vom 14. 3. 1984, 8.

gehalten, sondern auch immer weniger als dringendes politisches Problem empfunden.

Die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition brachte in den 70er Jahren manche Erleichterung in den Beziehungen zwischen Menschen in den beiden deutschen Staaten, aber das Verhältnis der beiden Staaten zueinander, genauer das Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik, ist noch sehr weit von normalen nachbarschaftlichen Beziehungen entfernt. Mauer und Stacheldraht, Todesstreifen, automatische Schußanlagen und Schießbefehl für die Grenzwatchen der DDR sind nicht verschwunden. Die Deutsche Frage bleibt im Kern Teil der Ost-West-Beziehungen.

Zu Beginn des Jahres 1984 konnte der Eindruck entstehen, als seien die deutsch-deutschen Beziehungen noch nicht völlig durch das Ost-West-Verhältnis determiniert. Dies trifft partiell auch zu. Die Vereisung des Ost-West-Dialogs, der Abbruch der Abrüstungsverhandlungen in Genf und die Stationierung moderner Mittelstreckenraketen durch die NATO haben das deutsch-deutsche Verhältnis kaum belastet. Die Handelsbeziehungen werden kontinuierlich weiterentwickelt, die Zahl der Ausreisegenehmigungen der DDR-Regierung ist sprunghaft gestiegen, der erste Besuch eines SED-Generalsekretärs in der Bundesrepublik steht bevor. Der Spielraum der DDR-Führung für eine eigene Deutschlandpolitik ist durch die Solidarność-Revolution in Polen 1980/81, durch die neuen sowjetischen Führungen nach *Breschnews* Tod und durch die Möglichkeit besonderer und einträglicher Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland gestiegen.

Aber dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lage der Nation weiterhin in erster Linie von dem Gegensatz zwischen dem freien Teil der Welt und den totalitären Systemen des Kommunismus geprägt wird, daß den 16,7 Millionen Deutschen in der DDR nach wie vor elementare Grundrechte verweigert werden und daß ein Verhältnis zwischen Ost und West, das die staatlichen Grenzen zwar nicht aufhebt, ihnen aber doch die Bedeutung nimmt, noch in weiter Ferne, die Deutsche Frage mithin noch lange nicht gelöst ist.

II. DIE HALTUNG DER KATHOLIKEN

Welche Haltung haben die Katholiken angesichts dieser Problematik eingenommen? Wie beurteilen sie die Wiedervereinigungs- und Deutschlandpolitik *Adenauers*, die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition und den internationalen Kontext der Deutschen Frage?

Die deutschen Katholiken hatten nach 1945 erstmals in der neueren deutschen Geschichte die Gelegenheit, den Aufbau und die Gestalt des neuen deutschen Staates maßgeblich zu beeinflussen. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches waren die katholische und die evangelische Kirche die einzigen Institutionen in der Gesellschaft, denen die Besatzungsmächte, zumindest die westlichen, vertrauten und die andererseits auch die Rolle von Sprechern der deutschen Bevölkerung gegenüber den Besatzungsmächten einnehmen konnten. Die Kirchen waren »als bewährte Kräfte des Widerstands gegen den NS-Staat fast selbstverständlich zu Ordnungsbürgern der neuen demokratischen Staatlichkeit geworden«¹³.

So erscheint es rückblickend geradezu logisch, daß die Katholiken auf eine eigene politische Organisation verzichteten und sich mit den evangelischen Christen in der Christlich-Demokratischen bzw. Christlich-Sozialen Union zusammenschlossen. Es ging ihnen nicht primär darum, in einem protestantisch geprägten oder weltanschaulich neutralen Staat konfessionelle Interessen durchzusetzen und die *bona particularia* zur Geltung zu bringen, sondern darum, dem neuen Staat eine von christlichen und humanen Grundwerten geprägte innere Ordnung zu geben, wengleich bei einigen Akteuren eine gute Weile noch die *bona particularia*, wie die Frage der Geltung des Reichskonkordates von 1933 sowie die Schul-, Familien- und Sozialpolitik dominierten. Der deutsche Katholizismus beschritt »den Weg in die Bundesrepublik praktisch geschlossen und, anders als 1919 den in die Weimarer Republik, ohne innere Vorbehalte«¹⁴. In *Konrad Adenauer*, dem ersten Bundeskanzler der neuen Republik, fand er die epochemachende Gestalt, die die Grundwerte christlicher und abendländisch-humanistischer Tradition verkörperte.

Welche Grundwerte haben den Weg der deutschen Katholiken in der Bundesrepublik und seine Haltung gegenüber dem Problem der Wiedervereinigung bestimmt? Diese Frage soll wenigstens skizzenhaft geklärt werden, bevor – nicht weniger skizzenhaft – die Akteure vorgestellt werden, die die Haltung der katholischen Kirche und des deutschen Katholizismus in der Deutschen Frage geprägt haben.

¹³ *Hans Maier*, Der politische Weg der deutschen Katholiken nach 1945, in: *Deutscher Katholizismus nach 1945*, hrsg. von *Hans Maier*, München 1964, 190.

¹⁴ *Rudolf Morse*, Neubeginn in Trümmern. Der deutsche Katholizismus in der Besatzungszeit, in: »Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt«. 87. Deutscher Katholikentag in Düsseldorf 1982, Paderborn 1982, 262.

1. Grundwerte

Die politischen Grundwerte, von denen sich die deutschen Katholiken beim Auf- und Ausbau der Bundesrepublik leiten ließen, waren die in der katholischen Soziallehre auf der Basis einer personalen Anthropologie entwickelten, naturrechtlich begründeten Werte einer gemeinwohlorientierten Demokratie und, in außenpolitischer Hinsicht, einer nationale Grenzen relativierenden europäischen Föderation. Nicht nur die Katholiken sehnten sich nach dem Zusammenbruch der *Hitlerschen* Diktatur nach einer politischen Ordnung, die den inneren und äußeren Frieden sichert, die Menschenrechte respektiert, dem Bürger Freiheit gewährt und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit anstrebt, einer Ordnung, die den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß nach rechtsstaatlichen Verfahren regelt, die die politische Macht generell dem Recht unterordnet und jeden Nationalismus überwindet¹⁵. Das Grundgesetz und die meisten Länderverfassungen waren Verfassungen, die eine solche Ordnung gewährleisten konnten. Sie wurden auch von Katholiken ausgearbeitet und nach einigem Zögern wegen der Schulfrage und der aus der Weimarer Verfassung übernommenen Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat auch vom deutschen Episkopat akzeptiert¹⁶.

Freiheit

Das Verhältnis der deutschen Katholiken zum ostdeutschen Teilstaat orientierte sich nicht primär am Grundwert der nationalen Einheit, sondern an dem der Freiheit. Ihn gegen das totalitäre System kommunistischer Herrschaft zu bewahren, galt nicht nur den Katholiken als eine der zentralen politischen Aufgaben. Der deutsche Katholizismus konnte sich durchaus mit der Programmparole der CDU und der in ihr enthaltenen Wertehierarchie »Freiheit, Frieden, Einheit« identifizieren, und er hat es auch getan – wie beispielsweise die Katholikentage der 50er Jahre und insbesondere die Diskussionen des Staatspolitischen Arbeitskreises des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zeigen.

¹⁵ Vgl. *Manfred Spieker*, Die Demokratiediskussion unter den deutschen Katholiken 1949–1963, in: *Katholizismus, Rechtsethik und Demokratiediskussion 1945–1963*, hrsg. von *Anton Rauscher*, Paderborn 1981, 77 ff.

¹⁶ Vgl. *Klaus Gotto*, Die katholische Kirche und die Entstehung des Grundgesetzes, in: *Kirche und Katholizismus 1945–1949*, hrsg. von *Anton Rauscher*, Paderborn 1977, 101 ff.; *Burkhard van Schewick*, Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950, Mainz 1980.

Frieden

Um den Frieden in Europa, der schon Ende der 40er Jahre wieder gefährdet erschien, zu sichern, zögerte die große Mehrheit der deutschen Katholiken nicht, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die Integration der Bundeswehr in die NATO zu unterstützen. Zwar gab es in der Debatte um die Wiederbewaffnung in den verschiedenen katholischen Verbänden unterschiedliche Akzente, es gab auch Besorgnisse wegen der Auswirkungen der Wiederbewaffnung auf die Wiedervereinigungschancen und ein Häuflein von Katholiken, das die Wiederbewaffnung ganz ablehnte, aber der weitaus größte Teil der Katholiken, vor allem die katholischen Verbände einschließlich des Bundes der deutschen Katholischen Jugend standen um der Sicherung der Freiheit und des Friedens willen voll hinter *Adenauers* Politik der Wiederbewaffnung¹⁷. Aufgrund der sozialetisch und moraltheologisch begründeten Pflicht jeder Regierung, ihr Volk zu schützen und angesichts der Gefahren, die von der expansiven Politik der Sowjetunion ausgingen, war die Rechtfertigung der Wiederbewaffnung im deutschen Katholizismus kein Problem.

Nationale Einheit und europäische Integration

Am Grundwert der nationalen Einheit wurde im deutschen Katholizismus durchaus festgehalten, aber er blieb dem Grundwert der Freiheit und auch dem des Friedens untergeordnet. Als repräsentativ für die Einschätzung dieses Wertes darf der Vortrag *Adolf Süsterhenns* »Der Christ und die staatliche Wirklichkeit« auf dem Katholikentag 1954 in Fulda gelten. Die Nation sei als Abstammungs-, Sprach-, Kultur- und geschichtliche Erlebnisgemeinschaft zweifellos keine Erfindung menschlicher Willkür, sondern Ausfluß des Willens Gottes. Die Einheit von Nation und Staat sei eine Ideallösung, aber sie sei keine Notwendigkeit. Ob eine Nation Anspruch auf eine eigene staatliche Organisation habe, hänge von den jeweiligen Verhältnissen, insbesondere von den Erfordernissen des nationalen Interesses übergeordneten Völkergemeinwohls ab. Das deutsche Volk habe zwar einen naturrechtlichen Anspruch auf friedliche

¹⁷ Vgl. *Heinz Hürten*, Zur Haltung des deutschen Katholizismus gegenüber der Sicherheits- und Bündnispolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948–1960, in: *Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949–1963*, hrsg. von *Albrecht Langner*, Paderborn 1978, 83 ff.; *Anselm Doering-Manteuffel*, Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der deutschen Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948–1955, Mainz 1981; *Arnulf Baring*, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, Bd. 2, München 1971, 79 ff.

Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit in freier Selbstbestimmung, aber der überkommene Nationalstaat sei nicht die höchste und letzte Form der politischen Vergemeinschaftung des Menschen. Deshalb finde auch die nationalstaatliche Souveränität an den Rechten der Völkergemeinschaft ihre Grenzen, und deshalb sei es die Pflicht aller Christen, über die bisherigen internationalen Verträge hinaus supranationale Institutionen zu schaffen¹⁸.

Der Einsatz für supranationale Institutionen, vor allem für eine europäische Föderation, war denn auch ein zentrales Anliegen vornehmlich katholischer Politiker nicht nur in Deutschland, und der Zusammenschluß der sechs Kernstaaten der EWG 1957 war nicht zuletzt ihr Erfolg. Das Ziel eines geeinten Europa, das den nationalstaatlichen Grenzen ihre alte Bedeutung nimmt und in politischer, kultureller und religiöser Hinsicht harmoniert, war die geradezu logische Konsequenz der Perversion des Nationalen im Dritten Reich und der »Bedrohung der abendländischen Kultur vom Osten her«¹⁹. Es war aber auch die Folge einer Besinnung auf die europäische Geschichte, vor allem auf jene Zeit, in der die europäische Christenheit noch religiös geeint war und die Nationalstaaten erst in der Entstehung begriffen waren.

Das Kölner Domfest 1948, das der 700jährigen Grundsteinlegung des Kölner Domes gedachte, war der erste Höhepunkt dieser Besinnung, ja, Beschwörung europäischer Einheit. Es führte erstmals nach dem 2. Weltkrieg Bischöfe fast aller westeuropäischen Länder, aber auch aus den Vereinigten Staaten, Afrika und Asien nach Deutschland. So hatte diese für alle Beteiligten unvergeßliche Feier nicht nur eine religiöse und kulturelle, sondern auch eine politische Funktion: sie trug wesentlich dazu bei, die geschlagenen Deutschen wiederaufzurichten und in den Kreis der europäischen Völker zurückzuführen.

Man wird den Grundwert, der das Bemühen der Katholiken um eine europäische Integration leitete, nicht mit dem Topos des »christlichen Abendlandes« bezeichnen können, obwohl dies häufig geschah²⁰. Es war

¹⁸ *Adolf Süsterhenn*, Der Christ und die staatliche Wirklichkeit, in: »Ihr sollt mir Zeugen sein«, a. a. O., 284 ff., hier 290 ff.

¹⁹ *Joseph Kardinal Frings*, Hirtenwort zum Domjubiläum vom 14. 6. 1948, in: Kölner Domjubiläum 1948, hrsg. vom Kölner Metropolitan-Kapitel, Düsseldorf 1950, 28.

²⁰ Vgl. dazu *Heinz Hürlen*, Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen, in: Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, hrsg. von *Albrecht Langner*, Paderborn 1984, 5; *Hans-Peter Schwarz*, Die Ära Adenauer 1949–1957, a. a. O., 455. Als repräsentativ für die Kritik am Topos des »Christlichen Abendlandes« kann gelten: *Clemens Münster*, Grenzen des Abendlandes, in: Frankfurter Hefte 2 (1947) 776 ff.

vielmehr die im christlichen Glauben und in naturrechtlichen Wahrheiten begründete transnationale Solidarität, die weit über das Abendland hinauswies und in den 60er und 70er Jahren auch die Hilfsaktionen der deutschen Katholiken für die Mission und die Entwicklungshilfe in anderen Kontinenten motivierte. Diese Solidarität war für die Katholiken gleichzeitig ein Damm gegen die Ideologie des Klassenkampfes, aber kein Hindernis für eine Lösung der Deutschen Frage. Sie schloß von Anfang an die mittel- und osteuropäischen Völker ein, und schon in den 50er Jahren haben die deutschen Katholiken einschließlich der Vertriebenen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie die Lösung der Deutschen Frage nur in einem europäischen Rahmen für realisierbar gehalten²¹. Unter maßgeblicher Beteiligung von Katholiken ist diese Haltung auch in die Charta der deutschen Heimatvertriebenen eingegangen, die bereits am 5. 8. 1950 verabschiedet und von den Verbänden aller zwölf Millionen Heimatvertriebenen getragen wurde.

Recht auf die Heimat

Zu den Grundwerten, die die Position der deutschen Katholiken gegenüber der Deutschen Frage maßgeblich bestimmt haben, gehört auch das Recht auf die Heimat. Die Katholiken, vor allem die katholischen Vertriebenen, haben, wie der größte Teil der Vertriebenen, an diesem Recht festgehalten, ohne aus ihm Wege zur politischen oder rechtlichen Regelung der Deutschen Frage abzuleiten. Sie haben immer wieder an die Bedeutung der Heimat für die Geborgenheit des Menschen und die individuelle Entfaltung erinnert und den Anspruch auf ein Leben in der Heimat als ein Menschenrecht bezeichnet. Die Vertreibung aus der Heimat 1945 war für sie deshalb nicht ein Akt historischer Gerechtigkeit oder politischer Wiedergutmachung für das von *Hitler* und den Nationalsozialisten über die osteuropäischen Völker gebrachte Unglück, sondern Mißachtung eines Menschenrechts, also Unrecht.

Wahrheit

Bei aller Bereitschaft zur Versöhnung und zum Ausgleich mit den osteuropäischen Völkern in einer europäischen Friedensordnung und zur Anerkennung der historischen Entwicklung nach der Vertreibung, d. h.

²¹ Vgl. die Thesen »Zum Verhältnis der Deutschen zu den mitteleuropäischen Nachbarvölkern« des Arbeitskreises »Kirche und Heimat« des Zentralkomitees der deutschen Katholiken von 1958, in: Arbeitstagung Saarbrücken 1958, hrsg. vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Paderborn 1958, 315 ff.

auch zur Anerkennung des Heimatrechts der 1945 in die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie eingewanderten Polen, begehrten die Katholiken das eine immer wieder, daß die Wahrheit nicht verschwiegen werde und daß das Unrecht der Vertreibung auch Unrecht genannt werde²². Sie fühlten sich in diesem Anliegen von keinem Papst so verstanden wie von *Pius XII*. Sie bedauerten, daß seine Nachfolger diese Wahrheit, die an der Wiege jeder Versöhnung und jedes Friedens stehen muß, nicht mehr so deutlich aussprachen.

Minderheitenschutz

Die Grundwerte des Rechts auf Heimat und des nationalen Selbstbestimmungsrechts bleiben für die Katholiken dem transnationalen Gemeinwohl unter- und dem Schutz nationaler Minderheiten gleichgeordnet. Keiner der mittel-, der ost- und der südosteuropäischen Staaten hat, wie Korea, eine national homogene Bevölkerung. Deshalb war und ist eine internationale Ordnung in diesem Raum, die den Frieden sichern möchte, in der Perspektive der Katholiken immer auf einen effektiven Schutz nationaler Minderheiten, auf durchlässige Grenzen und auf eine tolerante, freiheitliche Kulturpolitik angewiesen. Ein solcher Minderheitenschutz ist die *conditio sine qua non* für eine gerechte Lösung der Deutschen Frage und für eine dauerhafte Versöhnung mit allen Nachbarvölkern²³.

2. Akteure

Die Haltung der katholischen Kirche gegenüber der Deutschen Frage wird von mehreren, in der Regel konvergierenden, gelegentlich aber auch divergierenden Akteuren bestimmt: von den Päpsten, vom deutschen Episkopat, vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken und den Katholikentagen, von den katholischen Verbänden, im besonderen den Vertriebenenverbänden und schließlich auch von der CDU/CSU, den Parteien also, in denen der größte Teil der Katholiken in der Bundesrepublik seine politische Heimat gefunden hat. Es ist unmöglich, die Positio-

²² Vgl. die Königsteiner Erklärung der deutschen Vertriebenenseelsorger zum Welttag des Friedens 1972, in: Informationsdienst des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen (im folgenden: ID), Nr. 56 (1972) 88 f.

²³ Vgl. die Thesen »Zum Verhältnis der Deutschen zu den mitteleuropäischen Nachbarvölkern«, a. a. O., 316 f. Vgl. auch die Diskussion auf dem 82. Deutschen Katholikentag 1968 in Essen, »Mitten in dieser Welt«, hrsg. vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Paderborn 1968, 560 ff.

nen aller Akteure und ihre Entwicklung im Laufe von 40 Jahren darzustellen. Einige – möglicherweise sehr subjektive – Hinweise müssen genügen.

Die Päpste und das II. Vaticanum

In den ersten Jahren der Nachkriegszeit kam der Haltung des damaligen Papstes *Pius XII.* für die Meinungsbildung der deutschen Katholiken in der Deutschen Frage eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Die deutschen Katholiken, wenn man sie denn einmal als einen homogenen Block nehmen darf, was der Realität zu keiner Zeit voll entspricht, fühlten sich in ihrer Orientierung an den genannten Grundwerten durch diesen Papst voll unterstützt. Er hat diese Grundwerte immer wieder in der internationalen Öffentlichkeit in Erinnerung gerufen. Er hat das Unrecht der Vertreibung schon in seiner Ansprache an das Kardinalskollegium am 24. 12. 1945 beim Namen genannt:

Mit einer schlecht verheimlichten Grausamkeit treibe der Totalitarismus kommunistischer Herrschaft »Millionen von Menschen, Hunderttausende von Familien ins tiefste Elend hinein, weg von Haus und Hof, entwurzelt sie, reißt sie heraus aus einer Zivilisation und Kultur, an deren Aufbau ganze Generationen mitgearbeitet hatten . . . All das stellt ein mit der Würde und dem Wohl der Menschheit unvereinbares System dar«²⁴. *Pius XII.* nannte aber nicht nur das Unrecht Unrecht, er appellierte an nordamerikanische Abgeordnete, den Vertriebenen zu helfen²⁵, an die deutsche katholische Jugend, die Katastrophe des Nationalsozialismus nicht zu vergessen²⁶, und würdigte die Wiedervereinigungspolitik *Adenauers* in einer ungewöhnlichen Weise, als er anlässlich einer Audienz für *Adenauer* im Jahre 1956 dem deutschen Volk die Mischung von Zähigkeit und Weitblick und Geduld empfahl, mit der *Adenauer* an diese Probleme herangehe²⁷.

Die breite päpstliche Unterstützung fand nicht nur in Ansprachen, sondern auch im Festhalten am Reichskonkordat von 1933, der Beibehaltung der alten deutschen Diözesangrenzen und in der Errichtung einer eigenen kirchenrechtlichen Jurisdiktion für die aus den östlichen Diöze-

²⁴ Aufbau und Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens. Soziale Summe Pius' XII., hrsg. von *Arthur-Fridolin Utz* und *Joseph-Fulko Groner*, Freiburg/Schweiz 1954, Randnummer 4077. Vgl. auch seine Weihnachtsbotschaft 1947, in: Ebenda, 3704.

²⁵ Ebenda, 4014.

²⁶ Ebenda, 179.

²⁶ *Utz/Groner*, 179.

²⁷ Zitiert in *Gustav Gundlach*, Die prinzipielle Bedeutung des Rechtes auf die Heimat. Referat auf der Arbeitstagung des Zentralkomitees 1960 in Ettal, in: Arbeitstagung Ettal 1960, hrsg. vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Paderborn 1960, 330.

sen vertriebenen Katholiken durch die Bestellung Apostolischer Visitatoren ihren Ausdruck. Besonders die Bestellung der Apostolischen Visitatoren zeigte nicht nur das Offenhalten der Deutschen Frage, sondern ermöglichte den vertriebenen Katholiken auch, heimatliche Bindungen und heimatliches Brauchtum zu pflegen. Sie fühlten sich in ihrem Anspruch auf die Heimat durch die Kirche getragen.

Diese päpstliche Unterstützung schwächte sich unter den Nachfolgern *Pius XII.* etwas ab. Zwar änderte sich nichts an der Wertschätzung der Grundwerte und an der allgemeinen Verurteilung der Vertreibung, wie die Enzyklika »*Pacem in terris*«, die Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils »*Gaudium et spes*« und auch das Dokument der Bischofssynode 1971 »*De justitia in mundo*« zeigen²⁸, aber die konkrete Unterstützung findet nicht mehr statt.

Allerdings darf die Haltung des Hl. Stuhls zur Deutschen Frage nicht isoliert betrachtet werden. Sie steht im Kontext deutscher Wiedervereinigungspolitik, und diese hat sich nun einmal in den 70er Jahren gewandelt. Dabei ist dem Hl. Stuhl zuzugestehen, daß er sich angesichts gegensätzlicher Erwartungen gelegentlich in einer schwierigen Rolle befand, so 1972 im Hinblick auf die Zirkumskription der Diözesen in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Kurz nach der Zustimmung des Bundestages zum Warschauer Vertrag im Mai 1972 gab der Hl. Stuhl dem langjährigen Drängen des polnischen Episkopats nach, erklärte diese Diözesen ohne Konsultation der deutschen Bischöfe zu polnischen Diözesen und ernannte polnische Bischöfe, ohne das gleiche in den ehemaligen polnischen Ostgebieten, die von der Sowjetunion annektiert worden waren, zu tun. Die neue Zirkumskription wurde mit pastoralen Erfordernissen begründet, doch wurden diese pastoralen Motive nirgends und niemandem gegenüber näher dargelegt. Die Reaktionen der deutschen Katholiken, auf die noch einzugehen ist, waren sehr distanziert.

Anläßlich einer Deutschlandreise im November 1980, mit der Papst *Johannes Paul II.* »die ganze geliebte deutsche Nation« ehren wollte, erwähnte der Papst beim Empfang des Bundespräsidenten »die schmerzliche Teilung« Deutschlands und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß sie »schließlich in einem geeinten Europa . . . die ihr gebührende friedliche Lösung finden möge«²⁹. In seiner Predigt zum Thema »Diaspora« am

²⁸ Vgl. auch die bis 1965 reichenden Dokumente bei *Oskar Golombek*, Die katholische Kirche und die Völkervertreibung, hrsg. von *Oskar Golombek*, Köln 1966.

²⁹ *Johannes Paul II.*, Ansprache beim Empfang des Bundespräsidenten in Schloß Augustsburg, Brühl, am 15. 11. 1980, in: Papst Johannes Paul II. in Deutschland 1980, 40 (= Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls [im folgenden VAS] 25).

16. 11. 1980 in Osnabrück würdigte er auch das Schicksal der Vertriebenen. Schmerzlich betroffen reagierten viele deutsche Katholiken, vor allem die Vertriebenen, aber im Juni 1983, als der Papst während seiner zweiten Polenreise in seinen Ansprachen in Breslau und auf dem Annaberg zur Versöhnung aufrief, aber nicht nur die Vertreibung der Deutschen nicht erwähnte, sondern auch die Jahrhunderte währende deutsche Geschichte Schlesiens übergang³⁰. Auf die breite Kritik vieler deutscher Katholiken an diesen beiden Ansprachen hin bedauerte Kardinalstaatssekretär *Casaroli* im Auftrag des Papstes in einem Brief an Kardinal *Höffner* die »Mißverständnisse«.

Trotz dieser gelegentlich schmerzlichen Entwicklung hüten sich die deutschen Katholiken, einschließlich der Vertriebenen, die Päpste nur an ihrer Haltung zur Deutschen Frage oder zu den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze zu messen. Sie haben Verständnis für die pastoralen Anliegen der vatikanischen Ostpolitik. Sie würdigten den Einsatz vor allem des gegenwärtigen Papstes für die Respektierung und Förderung der Menschenrechte. Sie wissen um sein pastorales Charisma und um seine Bedeutung für die politische Entwicklung in Polen seit 1980. Sie anerkennen sein Engagement um eine gerechte Lösung politischer und sozialer Probleme aus dem Geist der katholischen Soziallehre.

Der deutsche Episkopat

Für den deutschen Episkopat war in den Jahren nach 1945 die Sicherung der Freiheit und dementsprechend der Kampf gegen den Sowjetkommunismus neben dem Wiederaufbau Deutschlands das zentrale politische Anliegen. Er vertraute in den außenpolitischen Entscheidungen der Politik *Adenauers*. Die Feststellung von *Heinz Hürten*, daß *Adenauers* Politik der Westintegration im Katholizismus die festeste Stütze hatte, obwohl er auf deren Formulierung keinen Einfluß hatte, trifft in besonderem Maße für die deutschen Bischöfe zu³¹.

Das Problem der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten wurde von den deutschen Bischöfen nur selten angesprochen. Wohl beschäftigte sie immer wieder die Sorge um die Religionsfreiheit und die Entwicklung der Kirche im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands. Sie bedauerten auf ihrer Vollversammlung in Fulda im August 1949 die

³⁰ *Johannes Paul II.*, Predigt bei der Messe in Breslau am 21. Juni, in: Predigten und Ansprachen von Papst Johannes Paul II. bei seiner zweiten Pilgerfahrt durch Polen, 88 ff. (= VAS 48); *ders.*, Predigt auf dem Annaberg am 21. Juni, in: Ebenda, 97 ff.

³¹ *Heinz Hürten*, Zur Haltung des deutschen Katholizismus, a. a. O., 83 f.

Spaltung, aber sie standen den teilweise sehr heftigen und vor allem von Protestanten geführten Debatten um Westintegration und Wiedervereinigung sehr distanziert gegenüber. Lediglich in der Frage der Wiederbewaffnung meldete sich Kardinal *Frings* nach dem Ausbruch des Korea-Krieges anlässlich des Diözesan-Katholikentages am 23. 7. 1950 in Bonn deutlich und durchaus folgenreich zu Wort, um die katholische Lehre von Krieg und Frieden und das Recht und die Pflicht der Regierungen zur Verteidigung des Volkes und zur Aufrechterhaltung in Gott gründender Ordnungen in Erinnerung zu rufen³².

Die Gründe für diese Distanz lagen nicht in einem Desinteresse an der nationalen Einheit oder gar in einem machiavellistischen Kalkül hinsichtlich der konfessionellen Mehrheitsverhältnisse, das den Katholiken gelegentlich vorgeworfen wurde³³, auch nicht in einem Mangel an politischen Köpfen, den *Arnulf Baring* dem deutschen Episkopat vorhält³⁴. Sie lagen vielmehr zum einen im Festhalten an der Freiheit als dem der nationalen Einheit übergeordneten Grundwert und der Erkenntnis seiner Gefährdung durch den Sowjetkommunismus und zum anderen in der Einschätzung der Wiedervereinigung als einer Frage der Politik, die zu gestalten und zu realisieren eine Sache der Laien und nicht der Bischöfe ist. Die Abschlußpredigt des Limburger Bischofs *Kempf* bei der Fuldaer Bischofskonferenz im August 1951 zu der Frage »Redet die Kirche nicht deutlich genug?« konnte durchaus als eine Erklärung für diese Distanz interpretiert werden: Probleme, bei denen verschiedene Lösungen möglich seien, die allesamt für das christliche Gewissen akzeptabel sind, gehörten nicht auf die Kanzel, sondern in die politische Debatte.

Diese Zurückhaltung in politischen Angelegenheiten kennzeichnet die Haltung der deutschen Bischöfe konsequenterweise dann auch während der erregten Diskussion um die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, wengleich sie sich aufgrund der Bedeutung des deutsch-polnischen Verhältnisses seit dem Konzil³⁵ hier wesentlich mehr engagierten als auf dem Gebiet der Wiedervereinigung im engeren Sinne. Dennoch stellten sie sich während der Vertragsverhandlungen der Bun-

³² Vgl. zu dieser Ansprache und ihrer Wirkung *Anselm Doering-Manteuffel*, *Katholizismus und Wiedervereinigung*, a. a. O., 85 ff.; *Hans-Peter Schwarz*, *Die Ära Adenauer 1949–1957*, a. a. O., 110. Etwas kritischer wird die Wirkung von *Heinz Hürten*, *Zur Haltung des deutschen Katholizismus*, a. a. O., 85, Anmerkung 9, beurteilt.

³³ Vgl. die von *Frederic Spotts*, *Kirchen und Politik in Deutschland*, Stuttgart 1976, 345, Anmerkung 8, zitierten englischen Stimmen.

³⁴ Vgl. *Arnulf Baring*, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie*, a. a. O., 81.

³⁵ Vgl. den Brief der deutschen Bischöfe an die polnischen Mitbrüder zum Abschluß des Konzils vom 5. 12. 1965, in: *Herder-Korrespondenz* 20 (1966) 21 ff.

desregierung mit der polnischen Regierung und nach Abschluß des Warschauer Vertrages 1970 zum Kummer beispielsweise des polnischen Primas nicht hinter die Bundesregierung. Man könne, so Kardinal *Döpfner* in einem Brief an Kardinal *Wyszynski* vom 14. 12. 1970, verschiedener Meinung darüber sein, ob die im Warschauer Vertrag vorgelegte Lösung »für die Zukunft, auch im Interesse des polnischen Volkes« die beste Lösung sei. Er hielt es »nicht für richtig, in diese konkrete politische Auseinandersetzung den Episkopat hineinzu- ziehen«³⁶.

Die Grundwerte in Erinnerung zu rufen, für Versöhnung vor allem mit dem polnischen Volk einzutreten, ohne die historische Wahrheit zu verschweigen, den stillen Kontakt mit der Kirche in der DDR nicht abreißen zu lassen, am Konkordat von 1933 und an den kirchenrechtlichen Regelungen für Mitteldeutschland und die Gebiete jenseits der Oder-Neiße – auch gegenüber dem Hl. Stuhl – festzuhalten, das Gebet um Frieden, Freiheit und um die Wiedervereinigung Deutschlands anzumahlen³⁷, dies betrachteten die deutschen Bischöfe als ihre Pflicht. Auf die Neuregelung der Diözesangrenzen in den Gebieten östlich der Oder-Neiße durch den Vatikan am 28. 6. 1972 reagierten sie ungewöhnlich distanziert; »Die Deutsche Bischofskonferenz respektiert die aufgrund pastoraler Motive erfolgte Entscheidung des Hl. Stuhls.« Sie wisse um die Belastungen, denen sich der Hl. Stuhl in dieser Frage seit fast drei Jahrzehnten ausgesetzt sah. Es sei eine Lage entstanden, die es nach Meinung des Hl. Stuhls nicht mehr erlaubt habe, sich weiterhin dem verständlichen Drängen der polnischen Bischöfe zu versagen. Die Neuordnung der Diözesangrenzen sei für die Heimatvertriebenen besonders schmerzlich. Nach wie vor sei eine auf die spezifische Situation der Heimatvertriebenen ausgerichtete Seelsorge notwendig. Die Deutsche Bischofskonferenz wolle »gerade jetzt die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen«, denen 1945 großes Unrecht geschehen sei, fördern, und sie bat die polnischen Bischöfe, sich der pastoralen Betreuung der deutschen Minderheit und ihrer Rechte anzunehmen³⁸.

³⁶ Vgl. den Briefwechsel von Kardinal *Wyszynski* und Kardinal *Döpfner*, abgedruckt in: *Hansjakob Stehle*, Der Briefwechsel der Kardinäle *Wyszynski* und *Döpfner* im deutsch-polnischen Dialog von 1970–1971, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31 (1983) 545 ff.

³⁷ Vgl. den Hirtenbrief »Für die Freiheit der Kirche, die Einheit unseres Volkes und den Frieden in der Welt« vom 20. 8. 1958.

³⁸ Erklärung der Hauptkommission der Deutschen Bischofskonferenz vom 29. 6. 1972 zur Entscheidung des Hl. Stuhls über die kirchliche Neuordnung der Gebiete jenseits der Oder-Neiße, in: ID, Nr. 59 (1972) 88 f.

In den 70er Jahren intensivierten die deutschen Bischöfe ihre Kontakte zum polnischen Episkopat. Ein Besuch einer Delegation der polnischen Bischöfe unter der Leitung des Primas Kardinal *Wyszynski* in Deutschland im September 1978 und ein Gegenbesuch einer Delegation der deutschen Bischöfe unter der Leitung von Kardinal *Höffner* in Polen 1980 waren die Höhepunkte zahlreicher Kontakte, in denen alle Fragen des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern zur Sprache kamen. Eine gemeinsame Erklärung der beiden Episkopate zum deutsch-polnischen Verhältnis ist bisher allerdings noch nicht zustande gekommen. Die Kontakte wurden in einer deutsch-polnischen Bischofskommission institutionalisiert. Sie erleichterten auch eine Begrenzung des Schadens, den die Ansprachen des Papstes in Breslau und auf dem Annaberg am 21. Juni 1983 anzurichten drohten.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und die Katholikentage

Das 1947 wiedererrichtete und vom Namen her wie die »Deutsche« Bischofskonferenz auf ganz Deutschland und nicht nur auf die Bundesrepublik hin angelegte Zentralkomitee der »deutschen« Katholiken, die Dachorganisation von katholischen Laienverbänden, Vertretern der Diözesanräte und katholischen Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft, hat in zahlreichen politischen Erklärungen seine Haltung zur Deutschen Frage zum Ausdruck gebracht. Der Vorrang des Grundwerts der Freiheit vor dem der nationalen Einheit spiegelt sich darin immer neu. »Die national-sozialistische Zeit hat erwiesen«, erklärte das Zentralkomitee zum 25. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1970, »daß nationalstaatliche Zielsetzungen ihren Sinn verlieren, wenn dafür die politische Freiheit als Preis gezahlt werden muß. Deshalb ist es heute ebensowenig wie irgendwann in den letzten 25 Jahren denkbar, daß wir die Freiheit und das Recht der Menschen in der Bundesrepublik als Preis für die nationalstaatliche Wiedervereinigung zahlen oder Regelungen anerkennen, die nicht die Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen garantieren.«³⁹

Für das Zentralkomitee war von Anfang an die Position *Martin Niemölers*, der als Präsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in einem Interview mit der *New York Herald Tribune* vom 13. 12. 1949 erklärt hatte, eine russische Diktatur über ein vereinigtes Deutschland sei

³⁹ Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zum 8. Mai 1970, 4 (= Berichte und Dokumente 10).

der fortdauernden Teilung des Landes vorzuziehen, völlig undenkbar. Eine Lösung der Deutschen Frage war und ist für das Zentralkomitee nur möglich, wenn es gelingt, die Spaltung Europas zu überwinden, wenn alle Völker zu Opfern bereit sind, sich um Verständnis und Ausgleich bemühen und Vereinbarungen gemacht werden, die am Prinzip der Gerechtigkeit orientiert sind.

Das Zentralkomitee hat seine Position in der Deutschen Frage aber ebenfalls nicht nur in Erklärungen dokumentiert. Es hat durch die Errichtung des Arbeitskreises »Kirche und Heimat«, durch eine Beteiligung an der 1958 gegründeten Ostakademie Königstein und durch die Gründung des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen 1961 Foren des Gesprächs über die Deutsche Frage angeboten und Institutionen der Information über Entwicklungen in der DDR und im Ostblock geschaffen. Es hat sich schließlich durch seine Beteiligung am *Maximilian-Kolbe*-Werk auch für eine Wiedergutmachung an den polnischen Opfern der national-sozialistischen Konzentrationslager eingesetzt.

Die vom Zentralkomitee organisierten deutschen Katholikentage zeigten vom ersten Nachkriegskatholikentag 1948 in Mainz an eine starke europäische Orientierung. Die europäische Integration wird bereits in einer Resolution des 73. deutschen Katholikentages 1949 in Bochum, der ganz im Zeichen der politischen Neugestaltung Deutschlands steht, als einziger Weg aus der Krise bezeichnet. Eine gewisse »Distanz vom Nationalen«, die *Hans Maier*, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, dem Deutschen Katholizismus der ersten zwei Jahrzehnte nach dem Krieg attestierte⁴⁰, kennzeichnet aber auch die Katholikentage. Das Problem der Wiedervereinigung scheint auf ihnen fast nicht vorzukommen. Zwar stehen die Katholikentage 1952 und 1958 in Berlin ganz unter dem Zeichen der Spaltung der Nation und der Sehnsucht nach der deutschen Einheit, aber in den Resolutionen, in den Hauptkundgebungen, in den großen Ansprachen des damaligen Präsidenten des Zentralkomitees, des Vertreters des Episkopates oder auch der Politiker fehlt die Frage der Wiedervereinigung fast ganz. Der schon erwähnte Vortrag von *Adolf Süsterhenn* ist mit seiner deutlichen Relativierung des Grundwertes nationaler Einheit auch in dieser Hinsicht repräsentativ. Ihm wurde in der Diskussion des staatspolitischen Arbeitskreises auf dem Fuldaer Katholikentag 1954 denn auch eine zu große Nähe zur aktuellen Politik vorgehalten. Die Katholiken müßten sich oft und stark zur

⁴⁰ *Hans Maier*, *Der Weg der deutschen Katholiken nach 1945*, a. a. O., 215.

Wiedervereinigung bekennen, um nicht in den Verdacht zu geraten, an der deutschen Wiedervereinigung nicht interessiert zu sein⁴¹.

Wenn die Frage der Wiedervereinigung auf den Katholikentagen angesprochen wurde, dann meist im Zusammenhang mit der Empfehlung, für sie zu beten. In ihrer politischen Dimension kamen sie in einer sicher realistischen Einschätzung der internationalen Lage nicht vor. Die Bedrohung der Freiheit durch den Sowjetkommunismus und die Abwehr dieser Bedrohung blieben ein zentrales Thema.

Nur im Arbeitskreis »Kirche und Heimat«, der in den Arbeitstagen des Zentralkomitees von 1958 und 1962 eine größere Rolle spielte, wurden Fragen der Integration der Vertriebenen und der deutschen Ostgebiete kontinuierlich und systematisch behandelt. Auch in diesen Erörterungen dominierten die oben skizzierten Grundwerte. Gelegentlich wurden allerdings auch Klagen darüber laut, daß die Vertriebenen in dem Arbeitskreis unter sich seien, daß die Katholiken in der Bundesrepublik sich ihrer Anliegen nicht gerne annehmen würden und daß die Integration der 12 Millionen Vertriebenen auf Fragen des Einkommens und der Versorgung reduziert werde.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen begann Mitte der 60er Jahre, angestoßen nicht zuletzt durch die Denkschrift der Evangelischen Kirche über »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn«, zu einem zentralen Gegenstand der politischen Diskussion zu werden. Dies schlug sich auch auf dem Katholikentag 1966 in Bamberg nieder, der erklärte, die deutschen Katholiken suchten »um des universalen Gemeinwohls aller Völker willen eine neue und enge Partnerschaft zu allen ihren Nachbarvölkern, auch zum polnischen Volk«. An den Rechten des eigenen Volkes festhaltend, soweit sie vor dem Gemeinwohl aller Völker und einer neuen Friedensordnung vertretbar seien, versicherten sie feierlich, »sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß das deutsche Volk die nationalen Existenzrechte des polnischen Volkes respektiert«⁴².

Katholische Verbände und Gruppen

Wenn von Verbänden die Rede ist, die die Haltung der katholischen Kirche zur Problematik der Wiedervereinigung geprägt haben, dann muß

⁴¹ »Ihr sollt mir Zeugen sein«, a. a. O., 306.

⁴² Erklärung zum Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen, in: »Auf Dein Wort hin«. 81. Deutscher Katholikentag 1966 in Bamberg, hrsg. vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Paderborn 1966, 189f.

zuerst von den katholischen Vertriebenenverbänden die Rede sein. Sie sind in der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenverbände zusammengefaßt und repräsentieren rund 45% der zwölf Millionen Heimatvertriebenen, die nach 1945 in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik strömten und dort rund 22% der Bevölkerung ausmachten. Daß diese große Gruppe der Bevölkerung nicht zu einem Potential der Unruhe innerhalb der Gesellschaft der Bundesrepublik, aber auch für den Frieden in Europa wurde, war ganz wesentlich das Verdienst der bewußten Christen unter den Vertriebenen. Sie prägten bereits die vielzitierte Charta aller Heimatvertriebenen vom 5. 8. 1950, in der diese feierlich erklärten, »daß sie im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, . . . ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis . . . (und) ihres deutschen Volkstums« auf Rache und Vergeltung für die Vertreibung aus der Heimat verzichten und am Wiederaufbau Deutschlands und an der Errichtung eines geeinten Europas teilnehmen wollten. Daß sie sich an diese drei Ziele kontinuierlich gehalten haben, zeigen nicht nur die wiederholten Bekräftigungen der Charta vom August 1950⁴³, sondern auch die zahlreichen, aus der katholischen Soziallehre gespeisten Impulse, Pläne und Beiträge zur wirtschaftlichen und sozialen Integration der Vertriebenen, zum gerechten Ausgleich der Kriegslasten, zur Bekämpfung der Lagernot, zur Ansiedlung der Flüchtlinge und zur Bildung von Eigentum. Über diese Leistung hinaus haben die Vertriebenen ganz wesentlich dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik Deutschland bis heute zu den Ländern Europas gehört, die die größte Resistenz gegenüber jeder Art von Kommunismus aufweisen. Die katholischen Vertriebenenverbände haben aber auch Funktionen wahrgenommen, die nicht überall auf Sympathien stießen. Sie haben sich – auch noch in der zweiten Generation – der relativ problemlosen Pflege heimatlichen Brauchtums gewidmet, und sie haben, unterstützt von ihren Seelsorgern⁴⁴, immer wieder das Recht auf Heimat und die Menschenrechte der deutschen Volksgruppen in den Staaten Osteuropas sowie den Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes in Erinnerung gerufen. Dabei haben sie die Grenzen des Rechts auf Heimat und des Selbstbestim-

⁴³ Beispielsweise in den Thesen der Saarbrücker Arbeitstagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken 1958 »Zum Verhältnis der Deutschen zu den mitteleuropäischen Nachbarvölkern« oder in den »Überlegungen zur konstruktiven Gestaltung der deutsch-slawischen Nachbarschaft«, die die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen am 6. 11. 1983 in Königstein verabschiedet hat.

⁴⁴ Vgl. Königsteiner Erklärung der deutschen Vertriebenenseelsorger zum Welttag des Friedens 1972, in: ID, a. a. O., 88f.

mungsrechts in aller Regel durchaus gesehen. Dem transnationalen Gemeinwohl und dem Schutz nationaler Minderheiten kam in den Stellungnahmen der katholischen Verbände immer eine zentrale Bedeutung zu. Diese Grenzen ließen die einschlägigen Appelle meist in Forderungen nach einer europäischen Integration enden. Aber sie zeigten eine starke und verständliche Empfindlichkeit, wenn das Unrecht der Vertreibung verschwiegen oder als Wiedergutmachung für die nationalsozialistischen Verbrechen interpretiert wurde, weil ihres Erachtens Versöhnung und Frieden nur auf der Grundlage historischer Redlichkeit erreicht werden können. So wurden sie auch 1972 bei der Neuregelung der Diözesangrenzen in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie mehr dadurch enttäuscht, daß das Unrecht der Vertreibung in dem entsprechenden vatikanischen Dokument mit keinem Wort erwähnt wurde, als dadurch, daß die Diözesen nun rechtlich verbindlich polnische Diözesen wurden⁴⁵.

Adressaten der Aktivitäten der katholischen Vertriebenenverbände waren nicht nur die Politiker, sondern auch die Katholiken selbst. Die schon erwähnten Diskussionen auf den Arbeitstagungen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zeigten, daß es Gleichgültigkeit und Hilflosigkeit gegenüber dem Schicksal der Vertriebenen nicht nur unter der nichtkatholischen Bevölkerung gab.

Es gab aber nicht nur Hilflosigkeit, es gab im deutschen Katholizismus auch Kontroversen hinsichtlich der Wiedervereinigungs- und der Ostpolitik. Dies zeigte vor allem das Memorandum des Bensberger Kreises »zu den polnisch-deutschen Fragen«. Der Bensberger Kreis, ein Zusammenschluß von progressiven Katholiken, die aus der Pax-Christi-Bewegung hervorgingen, war der Meinung, daß eine Friedensregelung mit Polen nicht ohne Gebietsverluste denkbar sei. Er forderte vor allem die Katholiken und die Heimatvertriebenen auf, schon vor einem allgemeinen Friedensvertrag die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen und einer Neuregelung der Diözesangrenzen zuzustimmen. Auch der Kreis um die »Frankfurter Hefte« kann dieser Position zugeordnet werden. Aber die Kontroversen zwischen diesen Gruppen blieben begrenzt. Sie wurden in aller Regel fair ausgetragen. Es gab einen begrenzten Pluralismus, aber kein Schisma. Die große Mehrheit der deutschen Katholiken steht in der Deutschen Frage auch heute hinter der Politik der CDU, d. h. hinter dem

⁴⁵ Vgl. die Presse-Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Vertriebenenorganisationen und des Katholischen Flüchtlingsrates zur Erklärung des Vatikans zur Neuordnung der Ostdiözesen vom 28. 6. 1972, in: ID, Nr. 59 (1972) 89f.

Bericht zur Lage der Nation, den Bundeskanzler *Helmut Kohl* am 15. 3. 1984 im Deutschen Bundestag erstattete, und dessen zentrale Aussage lautete: »Die Freiheit ist der Kern der Deutschen Frage. Sie ist Bedingung der Einheit, sie kann nicht ihr Preis sein.«

III. ZUSAMMENFASSUNG

So komplex die Deutsche Frage im Schatten des Ost-West-Konflikts, seiner Wertgegensätze und Gleichgewichtskalküle ist, so einfach ist die Standortbestimmung der deutschen Katholiken. Sie orientieren sich vor allem am Grundwert der Freiheit. Die Wiedervereinigung mit der Freiheit zu bezahlen, ist für die deutschen Katholiken unvorstellbar. Aber sie isolieren den Grundwert der Freiheit nicht. Sie stellen ihn vielmehr in den Kontext der Grundwerte des Friedens, der Einheit, des Rechts auf Heimat, der Wahrheit und der europäischen Integration, das heißt, sie wünschen, wie die meisten Deutschen, die Wiedervereinigung im Rahmen einer europäischen Friedensordnung. Wissend, daß ihre wahre Heimat nicht auf dieser Erde zu lokalisieren ist, halten sie dennoch geduldigen, flexiblen und klugen Einsatz für den Frieden zwischen Ost und West und für die Versöhnung zwischen Völkern für eine Pflicht des Christen und für eine Voraussetzung, um die Deutsche Frage zu lösen.